

Sehr geehrte Damen und Herren, Mitglieder des Ratskollegiums,  
Herr Bürgermeister!

Da im Wesentlichen zum Haushaltsentwurf des Jahres 2023 bereits mehrfach alles gesagt wurde, wird mein Schwerpunkt im Folgenden eher im Bereich des politischen Hintergrunds liegen.

Deshalb zuerst zur von außen auf die Kommune einwirkenden politischen Umgebung. Denn immer öfter ist festzustellen, daß die Ursache so manchen Problems gerne an allen möglichen und unmöglichen internationalen Stellen verortet wird, nur nicht im eigenen Land und da wiederum bei der eigenen Bundesregierung.

Dabei sollten kritisch denkende Menschen erkennen, daß eine Hauptursache vieler kommunaler Probleme in den eigenen, anscheinend schlichtweg überforderten Regierungen zu suchen und zu finden ist.

Ich frage mich seit Langem, wenn hochbezahlte Politiker ihr personelles Umfeld bei jedem Regierungswechsel mit immer mehr ihnen genehmen Personen aufstocken, ob deshalb im politischen Tagesgeschäft die Vorschriftenüberflutung bei unserer Verwaltung immer größer wird. Hier darf ich den Herrn Landrat zitieren, welcher meinem Gedächtnis nach in einer Zeitung geäußert hat: „Irgendwann verwalten wir uns nur noch selbst“!

Dazu möchte ich einmal öfter den früheren Bundespräsidenten Theodor Heuß erwähnen. Zitat: „Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste an der Gemeinde sind die Bürger“.

Zu einem anderen Problem, welches uns vor Ort immer mehr bedrückt; den Finanzen. Viel zu Vieles, welches sich Regierungen oberhalb der kommunalen Ebene an deren Meinung nach Wichtigem ausdenken, belastet letzten Endes unseren Haushalt und damit den einzelnen Bürger.

Was Verschwendung öffentlicher Mittel durch Regierungen bedeutet, läßt sich wie so oft in Berlin an z. B. der Erweiterung des Bundeskanzleramts beobachten. Ein echter Skandal, wie dort mit dem hart erarbeiteten Geld der Bürger umgegangen wird.

Die skandalösen finanziellen Aufwendungen für militärisches Gerät durch die Bundesregierung sind in ihrer Höhe gleichermaßen unnötig und dienen vor Allem der persönlichen Bereicherung von Firmeninhabern und Aktionären bzw. sind als Ausdruck des „Vasallenstatus“ gegenüber dem „Big Brother“ auf der anderen Seite des Atlantik zu sehen.

Alles dies schlägt sich letztendlich auf den einzelnen Bürger und damit auch auf uns nieder. Für die Menschen, welche sich andererseits in

sozialen Bereichen wie beispielsweise Altenpflege und Gesundheit oftmals aufopfernd engagieren, ist dagegen nur das Nötigste vorhanden, lieber schließen die Vorgenannten Krankenhäuser mit der Begründung, sie seien nicht rentabel. Was für eine Unverschämtheit.

Auch unser Gemeinwesen schädigende Entwicklungen wie Geldentwertung und exorbitante Preissteigerungen sind zuallererst bei schlechter Regierungsarbeit zu suchen und nicht, wie vereinfachend gerne behauptet wird, bei irgendwelchen bösen ausländischen Mächten.

Dazu zählt auch die sogenannte Energiekrise. Um es deutlich zu machen; die Verantwortung hierfür ist vor Allem und zuerst bei der derzeitigen sowie der vorhergehenden Bundesregierung zu suchen und zu finden, egal was öffentlich von Regierungssprechern und in den zahlreichen regierungsfreundlichen Medien behauptet wird.

Bei den verantwortlichen Regierungsmitgliedern oftmals auffallend ist deren persönlich fehlende Eignung für das entsprechend hochbezahlte dienende Amt. Sogar den Verdacht von Korruption sollte man manchmal nicht vorschnell von sich weisen. Dazu möchte ich betonen, daß das politische Personal in den Behörden der „Europäischen Union“ in vielen Fällen keinen Deut besser zu sehen ist. Dort ist auch die Machtfülle in den Händen Weniger, oft nicht mal demokratisch Legitimierter, viel zu hoch. Hierher gehört der Hinweis: Sie Alle sind nur Verwaltungspersonal und, je nachdem, vom Vertrauen der Bürger getragen und nur auf Zeit gewählt worden. Sie sind auskunfts- und rechenschaftspflichtig und das nicht nur bei Wahlen.

Warum wird das oftmalige Fehlen dieser Grundvoraussetzungen nicht offen benannt? Hat man Angst vor Repressalien? Sind wir wieder mal soweit? Die aktuelle deutsche Gesetzeslage läßt nichts Gutes erahnen. Die gesetzliche Entwicklung zur Einschränkung der persönlichen Bürger- und Menschenrechte, als Begründung dienen angeblich notwendige Maßnahmen aufgrund der vorgegebenen sogenannten „Coronakrise“, wurde in den wesentlichen Bereichen nicht zurückgenommen.

Dazu Augustinus von Hippo, frei übersetzt und zitiert vom verstorbenen Papst Benedikt XVI 2011 im Deutschen Bundestag: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande“.

Dies sollte jeden Bürger, welcher sich diesem Staat und seinen Bewohnern verantwortlich verbunden fühlt, äußerst nachdenklich stimmen. Dabei scheint der international rechtlich verbindliche Status der Bundesrepublik Deutschland nach Aussagen verschiedener mit der Materie Vertrauter nicht einmal abschließend geklärt zu sein.

Viele der zahlreichen weiteren gesellschaftlichen Entwicklungen und Umwälzungen jetzt und hier werden sich noch als sehr zerstörerisch erweisen. Manches erinnert mich an eine Kulturrevolution. Als Beispiele nenne ich nur den völlig überzogenen Genderwahn auf allen möglichen und unmöglichen Gebieten, den Klima-Fanatismus, die Kriegsunterstützung durch bellizistische Politiker sowie die furchtbare Medien-gesteuerte Militarisierung der Gesellschaft allgemein. Die Folgen? Wir werden sehen, sage niemand, wieder einmal von Nichts gewußt zu haben.

Jetzt aber noch ein paar Anmerkungen zum Haushaltsentwurf, der seit einigen Jahren das gleiche Ergebnis in sich trägt; die Schuldenlast will einfach nicht geringer werden, sie steigt inzwischen sogar wieder an. Dabei ist die Ursache dafür meistens relativ leicht auszumachen, derzeit heißt sie „Krone“.

Was waren das noch für Zeiten, als der Stadtrat sogar einen erfolgreichen Bürgermeister aus einer anderen Stadt eingeladen hat, um von ihm Tipps zu Haushaltsdisziplin und -sanierung zu bekommen.

Auch dieses Jahr gestehe ich den Mitgliedern des FA gerne zu, daß sie versucht haben, das Beste aus der Misere zu machen. Nur leider lassen sich vorangegangene Fehlentscheidungen auf diesem mühevollen Wege nicht wieder rückgängig machen. Zu den Fehlentscheidungen, deren Folgen möglicherweise bald schon sichtbar werden, zählt meiner Meinung nach z. B. der Verkauf des Reithauses mit seinem Stadtgrabenanteil. Ebenfalls der Verzicht auf den Kauf des „Lutz-Areals“ mit der Möglichkeit, das Stadtbild entscheidend aufzuwerten. Überhaupt hat die Bewahrung von historischem Erbe in Oettingen manchmal einen schweren Stand.

Dies bedauerlicherweise sogar noch vor dem Hintergrund, die Bedeutung der „Krone“ im Zusammenhang mit der Förderung des Tourismus zu erhöhen. So wird das nichts. Bei der Reithausentscheidung ist auch auffällig, daß beim Thema Sanierung vor vielen Jahren großes Bürgerinteresse bestand, während der kürzlich erfolgte Verkauf niemanden zu interessieren scheint.

Anläßlich der Erschließung des neuen Wohngebiets Kelterfeld Nord II wird man sehen, ob diese Entscheidung vor dem Hintergrund der derzeitigen Rahmenbedingungen richtig war, ich bleibe skeptisch. Was die Ausweisung eines neuen Gewerbegebiets angeht, deutet der Haushaltsentwurf darauf hin, daß man sich finanziell nicht übernehmen

möchte und die Angelegenheit, welche weit in die Zukunft weist, derzeit mangels Bewerbungen sowieso nicht dringlich erscheint.

Den aktuellen Schuldenstand der Stadt betreffend, war die Problematik, beginnend mit dem Neubau des Schulgebäudes, ja bereits frühzeitig absehbar und wurde in den letzten Jahren auch bereits mehrfach benannt. Darauf hinweisende Warnungen hat man nicht ernst genommen und jetzt ist es eben so. Leider scheint auch das Interesse der Bürgerschaft an den städtischen Finanzen trotz anderslautender öffentlicher Äußerungen nicht besonders ausgeprägt zu sein, wie man am verhältnismäßig geringen Besuch heute sieht. An dieser Stelle ein besonderer Dank an die anwesenden Zuhörer, sie nehmen ihr demokratisches Recht auf Teilhabe am politischen Geschehen ernst. Bitte kommen sie auch zukünftig zu den Sitzungen ihres Stadtrats und bringen sie weitere Zuhörer mit.

Zum Schluß möchte ich mich bedanken bei FA, Bürgermeister und Kämmerin für die gute Vorarbeit mit dem Haushaltsentwurf, bei Frau Kämmerin extra für ihren Vorbericht, welcher mir sehr half beim Verständnis der komplexen Materie.

Dank weiterhin an Herrn Bürgermeister und die Damen und Herren des Stadtrats für die fast immer angenehme und partnerschaftliche Zusammenarbeit, obwohl das langjährige Demokratiedefizit in Form der fehlenden Beteiligung der ABL an den Ausschüssen weiterhin besteht.

In die Danksagung einschließen möchte ich noch ausdrücklich alle Menschen der Stadt und ihrer Stadtteile, welche durch persönliche Mühen den Zusammenhalt unserer Gemeinschaft unterstützen.

Meinen Kolleginnen und Kollegen möchte ich noch ein Zitat von Papst Franziskus aus seiner Enzyklika „*Laudato si*“ persönlich ans Herz legen: „Während die existierende Weltordnung sich als unfähig erweist, Verantwortung zu übernehmen, kann die örtliche Instanz einen Unterschied machen.“

Ich hoffe, niemanden gelangweilt zu haben, wobei schon Goethe wußte: „Allein der Vortrag macht des Redners Glück“.

Herzlichen Dank!

Haushaltsansprache 2023 Ludwig Däubler, Stadtrat „Aktive Bürger Liste“